



**CDU** RATSFRAKTION DER  
STADT OSNABRÜCK

**Alexander Illenseer**  
**Fraktionsgeschäftsführer**

Telefon (0541) 323-4300  
Telefax (0541) 27217

[illenseer.a@osnabrueck.de](mailto:illenseer.a@osnabrueck.de)  
[www.cdu-ratsfraktion-osnabrueck.de](http://www.cdu-ratsfraktion-osnabrueck.de)

## **Pressemitteilung** **Nummer 33/2011**

17. Juni 2011

### **CDU unterstützt Verzicht auf ein Industriegebiet am Limberg**

„Mit Erleichterung hat die CDU-Fraktion die aktuelle Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis genommen, wonach für eine Nachnutzung der ehemaligen Kaserne am Limberg kein Industriegebiet ausgewiesen wird“, berichtet die Ausschussvorsitzende Anette Meyer zu Strohen (CDU) im Anschluss an die Sitzung des Stadtentwicklungs- und Umweltausschusses. „Wir unterstützen ausdrücklich die Ausweisung eines Gewerbegebietes auf dem ehemaligen Kasernenareal“, ergänzt Katharina Pötter, CDU-Ratsmitglied.

Die Verwaltung hatte am Abend dem zuständigen Ratsgremium mitgeteilt, dass der baldmöglichst vorzulegende Bebauungsplanentwurf für die Nachnutzung am Limberg ausschließlich ein Gewerbegebiet vorsehen werde und keine Ansiedlung von Industrieunternehmen vorgesehen sei. „Die Überlegungen der Verwaltung auf Grundlage des Perspektivplans und des für das Gebiet relevanten Rahmenplans neben Gewerbeansiedlungen auch Sport- und Erholungsflächen sowie umfassende Grünflächen vorzusehen, unterstützen wir ebenfalls ausdrücklich“, so Meyer zu Strohen weiter. Wie ernst es den Entscheidungsträgern damit ist, die verschiedenen Interessen miteinander zu vereinbaren, zeige sich bereits an der geplanten Flächenaufteilung. So habe die Verwaltung in der Sitzung auch mitgeteilt, dass von den zur Verfügung stehenden 70 ha nur etwa 33 ha als Baufläche vorgesehen werden. Die übrigen Flächenpotenziale sollen demnach für Grün- und Kompensationsflächen vorgesehen werden.

„Nun gilt es unter diesen Maßgaben die konkreten Ansiedlungsabsichten, die bereits zu vielen Spekulationen beigetragen haben, konkret zu prüfen, inwieweit die im Raum stehenden Nutzungen mit den Anforderungen eines Gewerbegebietes in Einklang zu bringen sind“, so Katharina Pötter ergänzend.

„Für die CDU-Fraktion können wir bereits heute sagen, dass bei den Ansiedlungen alle Grenzwerte eines Gewerbegebietes einzuhalten sind“, so Pötter weiter. „Konkret heißt das, dass diese Grenzwerte auch für mögliche Nebenanlagen von Gewerbebetrieben, wie beispielsweise einer Brecheranlage oder ähnlichen, gelten werden“, stellt Anette Meyer zu Strohen klar. „Die angrenzende Wohnbebauung soll neben den gesetzlichen Regelungen auch durch weitere Maßnahmen wie einem ausreichend breiten Grünstreifen als Abstandsfläche oder einem Schutzwall möglichst umfassend vor Emissionen geschützt werden. Wir sind uns sicher, dass durch diese Maßnahmen die berechtigten Interessen der angrenzenden Bevölkerung ausreichend geschützt werden“, so Meyer zu Strohen und Pötter abschließend.